

Kemsthal-Blote

Amts- und Intelligenz-Blatt für den Oberamtsbezirk Waiblingen.

erscheint wöchentlich 4mal: Dienstag, Donnerstag, Freitag und Samstag. Preis: vierteljährlich in Waiblingen bei der Expedition 90 Pf. frei ins Haus geliefert 1 Mark durch die Post bezogen, im Oberamtsbezirk Waiblingen 1 M. 20 Pf., außerhalb desselben 1 M. 40 Pf. Einrückungsgebühr in Waiblingen und den Amtsbezirken für die 4spaltige Garnanzelle oder deren Raum 6 Pf. auswärts 9 Pf.

Nr. 21.

Dienstag, den 8. Februar 1887.

48. Jahrgang.

Wichtige Bekanntmachungen.

Waiblingen.

Reichstagswahl.

Zufolge höherer Anordnung findet wie in den übrigen Wahlkreisen so auch in dem aus den Oberamtsbezirken Cannstatt, Ludwigsburg, Marbach und Waiblingen zusammengesetzten zweiten Wahlkreise am **Montag den 21. Februar d. J. von Vormittags 10 Uhr bis Abends 6 Uhr** in ununterbrochener Handlung die Wahl eines Reichstagsabgeordneten statt, und sind für den Oberamtsbezirk Waiblingen die Wahlbezirke mit ihren auf den Wählerlisten vorzumerkenden aus der Reihenfolge der genannten Oberämter sich ergebenden Nummern 80—100, die Wahlvorsteher für jeden Wahlbezirk, deren Stellvertreter die Abstimmungsorte und Lokale folgendermaßen bestimmt werden:

Nr.	Wahlbezirk.	Wahlvorsteher und Stellvertreter.	Abstimmungsort und Lokal.
80.	1) Waiblingen I. Bezirk. Neuer Bahnhof und von da ab Stadtteil links der Hauptstraße nach Winnenden durch die lange Gasse vorüber am Hause des Schuhmachers Haug und bis ans letzte dem Steinbrecher Grüninger gehörige.	Stadtschultheiß Egel, Stellv. Bürgeraussch. Obmann Herzog.	Waiblingen, Rathaus, Sitzungszimmer.
81.	2) Waiblingen II. Bezirk alle Gebäude rechts von der vorbezeichneten Linie, also alles, was nicht zum I. Bezirk gehört.	Stadtpfleger Sixt Stellvert. Gemeinderat Fr. Mayer.	Dasselbst, Waisengerichtszimmer.
82.	3) Gemeinde Beinstein.	Gemeinderat Rinker in Waibl. Stellvert. Gemeindepfleger Häberle in Beinstein.	Beinstein, Rathaus.
83.	4) Baach, Birkmannsweiler, Bürg, Höfen.	Schulth. Bauer in Bürg Stellv. Gemeindepfl. Haller in Birkmannsweiler.	Birkmannsweiler, Gemeinderathslokal.
84.	5) Bittenfeld und Hochdorf.	Schulth. Lapple in Hochdorf Stellv. Schullehrer Sälzer in Bittenfeld.	Bittenfeld, Rathaus.
85.	6) Endersbach.	Amtspfleger Simon Stellv. Gemeindepfleger Hahn in Endersbach.	Endersbach, Rathaus.
86.	7) Großheppach und Kleinheppach.	Schulth. Haag in Großheppach Stellv. Gemeinderat Huf.	Großheppach, Rathaus.
87.	8) Hegnach.	Schullehrer Mayer in Hegnach Stellv. G.-Pfleger Ludwig das. Gemeinderat Wahl in Winnenden Stellv. Schullehrer Figel in Hertmannsweiler.	Hegnach, Rathaus.
88.	9) Hertmannsweiler.	Gem.-R. J. Albrecht Stellvert. Gem.-R. G. Albrecht.	Hertmannsweiler, Rathaus.
89.	10) Hochberg.	Schullehrer Barner in Hohenacker Stellv. Gpl. Ziegler das.	Hochberg, Gemeinderathsl. Hohenacker, Rathaus.
90.	11) Hohenacker.	Berm.-Aktuar Schneider Stellv. Schulth. Daß.	Korb, Rathaus.
91.	12) Korb und Hanweiler.	Gem.-R. Joh. Schneider Leutenbach Gem.-Pf. Jaf. Börner.	Leutenbach, Rathaus.
92.	13) Leutenbach und Mellmersbach.	Gutspächter Schwarz in Nemsack Stellv. Karl Schied, Kunstmüller.	Nemsack, Rathaus.
93.	14) Neckarrens.	Schulth. Häfner Stellv. Gem.-Rat Fr. Märterer.	Neustadt, Rathaus.
94.	15) Neustadt.	Ber.-Aktuar Wackenhut in Winnenden Stellvert. Stiftungspfleger Bauer in Oppelsbohm.	Oppelsbohm, Gemeinderathslokal.
95.	16) Brekenacker, Dedernhardt, Descheltrom, Oppelsbohm und Nettersburg.	Schultheiß Halbgewachs in Buoch Schulth. Schäfer in Bräuningsweiler.	Buoch, Rathaus.
96.	17) Bräuningsweiler, Buoch, Reichenbach und Steinach.	Schulth. Schmid in Schwaikheim Stellv. G.-Rat Gottlieb Marquardt.	Schwaikheim, Rathaus.
97.	18) Schwaikheim.	Schulth. Hartmann Stellv. Gem.-Rat Weishaar.	Strümpfelbach, Rathaus.
98.	19) Strümpfelbach.	Stadtschulth. Jent Stellv. Stadtpfleger Kallenberg.	Winnenden, Rathaus, II. Stock.
99.	20) Winnenden, I. Bezirk Bahnhof und von da an alle links von der Hauptstraße durch die Stadt gegen Birkmannsweiler stehenden Gebäude.	Natsschreiber Nagel in Winnenden Stellv. Gemeinderat Döbler das.	Winnenden, Rathaus, I. Stock.
100.	21) Winnenden II. Bezirk alle rechts der vorbezeichneten Hauptstraße stehenden Gebäude einschließlich der Heilanstalt.		

Die in der ersten Spalte aufgeführten Nummern bezeichnen die Reihenfolge der Wahlbezirke innerhalb des zweiten Wahlkreises.

Zur Theilnahme an der Wahl sind nur diejenigen berechtigt, welche in die Wählerliste aufgenommen sind.

Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte in eine Wahlurne niederzulegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt. Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem äußern Kennzeichen versehen sein.

Vorstehendes haben die Schultheißenämter innerhalb der ganzen Gemeindebezirke also auch in den Theilgemeinden und anderen Wohnplätzen in ortsüblicher Weise bekannt machen zu lassen. Es werden ihnen zu diesem Zwecke gedruckte Plakate zugesendet werden, die mit Datum und Unterschrift zu versehen sind und zur Bekanntmachung durch Anrufen benutzt werden können, nachher aber jedenfalls öffentlich auszuhängen sind. Spätestens am 12. Febr. muß die Bekanntmachung erfolgt sein. Am 14. Febr. ist sodann hieher zu berichten:

1. Daß vorstehende Weisung vollständig vollzogen worden ist.

2. Daß wider die Wählerliste entweder keine Einsprachen erhoben wurden, oder wenn solche erhoben wurden, daß vorschriftsmäßig über sie erkannt worden ist.

3. Daß die Vorschriften des in Nr. 11 des Kemsthalboten erschienenen oberamtlichen Erlasses vom 19. Januar d. J. S. Ziff.: 5—9 vollzogen worden sind.

Gleichzeitig sind die zweiten d. h. die zur Benützung bei der Wahl selbst bestimmten Exemplare der Wählerlisten zur Prüfung hieher einzusenden. Sobald diese erfolgt sein wird, werden die Listen von hier aus an die Schultheißenämter zurückgesendet werden und sind sie von diesen den Wahlvorstehern unter Beischluß von Nachweisen über die erfolgten vorgeschriebenen Bekanntmachungen zu übergeben. Daß dies geschehen ist, haben die Schultheißenämter hieher anzuzeigen.

Die Ortsvorsteher der Abstimmungsorte erhalten von hier aus Plakate, welche am Wahltag am Abstimmungsorte anzuschlagen sind.

Sie haben ferner den Wahlvorstehern die Ministerialamtsblätter von 1871. No 3 und von 1875 No 85 zur Verfügung zu stellen, von gegenwärtiger Nummer des Rheinhalboten wie auch von der Nummer 11 desselben Kenntnis zu geben und dafür zu sorgen, daß die Wahllokale am Tage der Wahl in vorgeschriebenem Zustande (Minist.-Amtsbl. von 1871 S. 18 Ziff. 3) sich befinden, und die Wahlvorsteher zu benachrichtigen, daß zum Wahlkommissär für den zweiten Wahlkreis, an welchen die Akten nach erfolgter Wahl abzuenden sind, der Oberamtmann Regierungsrat Rath in Camstatt ernannt ist. Den Wahlvorstehern werden Formulare zu Wahlprotokollen Gegenlisten und Einberufung der Vorstandsglieder direkt zugesendet werden.

Den 7. Februar 1887.

R. Oberamt:
L h y m.

Revier Winnenden.

Fichtenstangen-Verkauf.

Am Montag den 14. Februar aus der Herdt (bei Döffingen): Derbstangen (Bau- Gerüst- Werkstangen): normal 1970 Stk. über 13 m., 550 Stk. 11-13 m. lang, Ausschuß: 1080 Stk. 7-9 m., 100 Stk. 5-7 m. lang.

Zusammenkunft um 9 Uhr im Schlag im untern Wasserkübel.



Waiblingen.

Aufforderung zur Steuerzahlung.

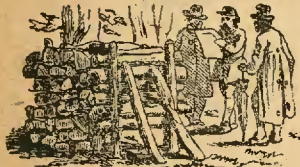
Nachdem das Rechnungsjahr 1886/87 demnächst zu Ende ist werden diejenigen Steuerpflichtigen, welche noch mit verfallener Steuer im Rückstande sind, wiederholt aufgefordert, binnen 8 Tagen zuverlässig an die Stadtpflege Zahlung zu leisten, widrigenfalls sie zur Erteilung eines Zahlungsbefehls vorgeladen werden müßten.

Den 4. Februar 1887.

Stadtschultheißenamt.

Revier Geradstetten.

Lang- & Sägholz-Verkauf.



Am Freitag den 11. Febr. Vormittags 10 Uhr in der Krone in Geradstetten aus dem Staatswald Königssee und Frauenhang: 1111 Nadelholzstämmen meist Forchen mit 4 Fm. IV. Cl., 3 V. Cl. Langholz, 1 Fm. I. Cl., 8 II. Cl. 245 III. Cl. Sägholz,

worunter sehr viel Pfaßholz. Zusammenkunft zum Vorzeigen Morgens 8 Uhr am Königsstein.

Glanzrinde-Verkauf.

Die Gemeinde Hohenacker hat 50-80 Ctr. Glanzrinde zu verkaufen. Angebote hierauf, mit Preisangabe pro Ctr., nimmt bis Samstag den 11. Februar

Vormittags 9 Uhr

entgegen.

Hohenacker, den 5. Februar 1887.

Der Gemeinderat.

Reichstags-Wahl.

Unter bisheriger Reichstags-Abgeordneter

Landrichter Veiel in Stuttgart,

wird nächsten **Wittwoch, 9. Februar,** nachmittags 2 1/2 Uhr in **Enderbach** bei Restaurateur Hekeler am Bahnhof, — abends **präzis 7 Uhr** in **Waiblingen** im Saale der Post sich den Wählern wieder vorstellen. Sämtliche Wahlberechtigte, namentlich auch aus der Umgegend, werden zu zahlreichem und **pünktlichem** Erscheinen freundlichst eingeladen. — Weitere Versammlungen im Bezirk werden später noch bekannt gemacht werden.

Das Wahlkomité.

Waiblingen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, während der langen Krankheit und dem Hinscheiden unseres geliebten Satten, Sohn, Bruder und Schwager

Johann Mall

für die ehrenvolle Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte, namentlich den Herrn Trägern, für die vielen Blumenspenden und die trostreichen Worte am Grabe sprechen wir auf diesem Wege unsern innigsten Dank aus.

Die tieftrauernde Wittwe

Rosa Mall

dessen Eltern & Geschwister.

Violin-, Guitarre- & Bithersaiten

sowie die Bestandteile zu denselben sind fortwährend zu haben bei

Buchdrucker Buch.

Waiblingen.

300 Centner Stroh

sucht zu kaufen.

Allgemeine Baugesellschaft Stuttgart
Dampfziegelei Waiblingen.

Verfucht

Chrenbreitsteiner

seit 1327 bekannte

Stahlquelle

Einzig garantirter Erfolg gegen Blutarmut, Bleichsucht
2c. Vollständig natürliches Heilmittel.

Bei allen Kranken durchaus sichere

!! Hilfe !!

Lieferungen von 10 Flaschen an überallhin in Deutschland, Oesterreich und Schweiz franco, ohne Fracht zu berechnen.

Preise der Flaschen:

1/1 Ltr. 60 Pf. 3/4 Ltr. 50 Pf. 1/2 Ltr. 40 Pf.

Alle näheren Auskünfte erteilt sofort kostenlos

Max Ritter, Brunnen-Verfand-Comptoir Coblenz.

Universal-Catarrh- & Husten-Bonbons

Paquet á 15 Pfg. von E. O. Moser & Cie.

in Stuttgart.

Zu haben in Waiblingen bei Herren Gust. Bezner, C. G. Hertzog Frau Anna Vollmer Wwe; in Grossheppach bei Frau C. F. Kleppe Herrn Fr. Layer; in Winnenden bei Herren A. Barchet, R. Hahn F. Schmidt, Apoth.

Klagschriften

an das Rgl. Amtsgericht für Besuch um Zahlungsbefehl

Klagschriften

an das Gemeindegericht für Besuch um Zahlungsbefehl

sind vorrätig zu haben in der

Buch'schen Buchdruckerei.

Konservativer Verein.

Montag den 7. Februar.

Waiblingen.

Dienstmädchen-Gesuch.

Ein solches kann sofort eintreten.
Zu erfragen bei
der Redaktion d. Bl.

Enderbach.

Sehr guten

Fruchtbrandwein

bei Abnahme von mehreren Litern
nur 50 J empfiehlt

August Lang.

Kostgelds-Verträge

hält auf Lager die
Buchdruckerei von C. F. Buch.

Trunksucht.

Zeugniß.

Hrn. Karrer-Gallati, Spezialist, Glarus!
Ihre Mittel hatten ausgezeichneten Erfolg! Der Patient ist vollständig von dem Laster geheilt! Die frühere Neigung zum Trinken ist gänzlich beseitigt und bleibt er jetzt immer zu Hause.
Fr. Dom. Walther.

Courchapois, 15. Sept. 1886.

Behandlung brieflich! Die Mittel sind unschädlich und mit und ohne Wissen leicht anzuwenden! Garantie! Hälfte der Kosten nach Heilung! Zeugnisse, Prospekt und Fragebogen gratis. Adressieren:

„Karrer-Gallati, postlagernd Konstanz.“

Pianos kostenfrei Probefendung
billig baar oder Raten, Prospect gratis.

Fabrik Weidenslauffer, Berlin NW.

Worauf es ankommt.

Ansprache des nationalliberalen Wahlkomitees an die Wähler.

Die Kriegsgefahr ist uns seit dem deutsch-französischen Kriege niemals so nahe gewesen wie heute, wo kein Staatsmann die Zukunft auch nur für wenige Wochen voraus zu berechnen vermag. Die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens beruht heute nur noch auf der Stärke, der Schlagfertigkeit, der moralischen Zuverlässigkeit des deutschen Heeres. Dieselbe ist heute vorhanden, wie immer, aber mit der Größe des Deutschen Reichs ist auch die Militärmacht seiner Gegner gewachsen. Schon im Jahre 1880 verbandte Frankreich 750 Millionen \mathcal{M} auf seine Kriegsmacht, Rußland 648 Millionen, Deutschland 460 Millionen, und seit jener Zeit sind die Massenaushebungen und Geldverwendungen der beiden Nachbarmächte mit ungeheuren Anstrengungen stetig gewachsen. Die Truppenaufhäufungen und Kriegsvorbereitungen rücken von Westen und Osten immer dichter und näher an unsere Grenzen. In dieser schwer bedrohten Lage hat unser ehrwürdiger Kaiser unter Beirat seines Reichskanzlers und seiner bewährten Generale eine Verstärkung des deutschen Heeres bis zu dem Maß von 1 Prozent der Bevölkerung für notwendig erachtet, womit unsere Armee der französischen wenigstens annähernd gleichkommen wird. Diese Verstärkung ist auf 7 Jahre beantragt worden in Uebereinstimmung mit dem Herkommen der letzten Jahre, nach welchem bereits zweimal eine 7jährige Frist unter minder drohender Kriegsgefahr für notwendig erachtet ist. Trotz des überzeugenden Nachweises der politischen Notwendigkeit dieser Verstärkung durch den Reichskanzler, trotz der eindringlichen Versicherung des Feldmarschalls Grafen Moltke von der militärischen Notwendigkeit einer 7jährigen Feststellung hat der deutsche Reichstag nach langem Streiten und Feilschen seiner Kommission eine Bewilligung der geforderten Armeeverstärkung zwar mit einer Scheinmehrheit in Aussicht gestellt. Aber diese nur durch Stimmenenthaltung der Sozialdemokraten zu Stande gekommene Scheinmehrheit würde sich nach ausdrücklicher Erklärung mehrerer dabei beteiligter Fraktionen bei der dritten Lesung wieder aufgelöst haben, und sie hat ihre angebliche Bewilligung noch an die unmögliche Bedingung geknüpft, daß darüber entweder in jedem Jahr oder in jeder dreijährigen Gesetzgebungsperiode von Neuem beschlossen werden soll. Diese Bedingung erscheint als unmöglich, weil darnach die Wehrhaftigkeit des D. Reichs gerade für die nächste höchst gefährliche Zeit in kurzen Zwischenräumen von den Beschlüssen eines Reichstags abhängig gemacht werden soll, dessen Mehrheit bisher aus einer widerspruchsvollen Koalition von Welfen, Ultramontanen, Polen, Elsaß-Lothringern, Sozialdemokraten mit andern stets verneinenden Elementen bestand. Mit andern Worten: Herr Dr. Windthorst und sein buntes Gefolge würden bei einer ähnlichen Zusammenfassung des Reichstags nicht bloß Herren der inneren Lage des D. Reichs sein, sondern auch über das Maß seiner Wehrhaftigkeit endgiltig entscheiden. Nicht der Kaiser und die verbündeten Fürsten, nicht der Kanzler und die militärischen Sachverständigen sollen ein entscheidendes Wort darüber mitsprechen, sondern eine widerspruchsvolle Opposition von Welfen, Ultramontanen, Polen, Sozialdemokraten soll ausschließlich und endgiltig die Garantie für den Schutz des D. Reichs übernehmen, wenn das eritrete Ziel erreicht wird, über die Stärke des Heeres durch Bewilligung im Staatshaushaltsetat alljährlich zu beschließen. Dies ist die Lage, in welcher aufrichtige Vaterlandsfreunde sich verbunden haben, ihre sonstigen Unterschiede für jetzt bei Seite zu lassen und sich zum Schutz des schwer bedrohten Reichs zu vereinigen, um einen unheilvollen Verfassungskstreit zu verhüten. Dies ist die Lage, welche unsere Gegner mit allen Künsten der Täuschung zu verdunkeln und zu entstellen suchen. Es handelt sich nicht um Durchführung von Monopolen, gegen welche die nat.lib. Partei sich einstimmig erklärt hat, und welche nach der feierlichen Versicherung des Reichskanzlers nicht in Frage stehen. Es handelt sich nicht um die Aenderung der Reichsverfassung oder des Wahlrechts, welche am wenigsten von den Nationalliberalen befürchtet werden kann, die einen Hauptanteil an deren Zustandekommen haben. Auch der Reichskanzler hat die entschiedensten Versicherungen gegen eine solche Unterstellung gegeben. Wo das Vaterland in Gefahr ist, sollte jeder Hader im Innern schweigen; ein schweres Unrecht am Vaterlande aber begehen diejenigen, die in solcher Lage Verfassungskstreitigkeiten vom Zaune brechen und immer wieder neue Verdächtigungen ausfinden und vorpiegeln. Wäre dies der Dank an die Schöpfer unseres Reiches, welche das Vaterland aus kläglicher Zerrissenheit und Ohnmacht zur Einheit und zu seiner heutigen Größe erhoben haben? Wir hegen das Vertrauen zu dem allgemeinen gleichen Stimmrecht, daß es die rechte Entscheidung treffen wird. Eine Entscheidung im Sinne der bisherigen Mehrheit würde unseren Feinden nur die Gewißheit geben, daß die deutsche Nation die schwer errungene Einheit und Macht aufrecht zu erhalten nicht mehr im Stande und Willens wäre. Ein so unheilvoller Ausfall der Wahlen würde uns den Krieg mit allen seinen Schrecken, und in dem besten Falle mit seinen schweren Verlusten heraufbeschwören. Um diese Frage handelt es sich bei der bevorstehenden Wahl. Das, Wähler, bedenkt! Helft, daß der innere Hader uns nicht dauernden Schaden bringe!

Was ist Wahrheit?

Der Kaiser und die mit ihm verbündeten Fürsten, darunter unser König, und deren Minister und Räte sagen: Das Vaterland ist in Gefahr, eine Verstärkung unserer Heeresmacht ist absolut notwendig; der erste Feldherr unserer Zeit, der Feldmarschall Moltke sagt: wenn der Reichstag die Heeresvermehrung nicht beschließt, so haben wir den Krieg sicher.

Die Franzosen, die Polen, die Dänen, die Welfen, die Ultramontanen und die mit diesen verbündeten Freisinnigen und Beobachtersleute aber sagen: Alles lauter Unsinn, die Franzosen denken nicht daran, Krieg mit uns anzufangen, eine Verstärkung unserer Heeresmacht ist deshalb ganz unnötig. Der Kaiser und seine Räte und Verbündeten sagen: Zur wirklichen Verteidigung Deutschlands ist eine Heeresverstärkung auf mindestens 7 Jahre absolut notwendig.

Die Franzosen, die Polen, die Dänen, die Welfen, die Ultramontanen, die Sozialdemokraten und die mit ihnen verbündeten Freisinnigen und Volksparteiler aber sagen: Auf mehr als 3 Jahre darf die Heeresverstärkung in keinem Fall verwilligt werden.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck hat feierlich versichert, daß die Reichs-Regierung an eine Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts und an die Einführung des Tabaks- und Branntweinmonopols nicht denken, daß es ihm vielmehr einzig und allein um die Sicherstellung des Vaterlandes zu thun sei.

Die Franzosen, die Polen, die Dänen, die Welfen, die Ultramontanen, die Sozialdemokraten und die mit ihnen verbündeten Freisinnigen und Volksparteiler aber sagen: Alles lauter nichts, die Reichs-Regierung hat den Reichstag nur deshalb aufgelöst, damit Abgeordnete gewählt werden, welche die Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts und die Einführung des Tabaks- und Branntweinmonopols beschließen.

Wem werden die Wähler glauben? —

Württemberg.

Stuttgart, 1. Februar. (Wahlaufruf des konservativen Vereins für Württemberg.) Zum zweitenmale seit dem Bestehen des deutschen Reichs hat sich unser Kaiser genötigt gesehen, den Reichstag vor Ablauf der regelmäßigen Wahlperiode aufzulösen. Das erstmal geschah dies nach dem Hübelschen Attentate auf das Leben des Kaisers. Damals machte die Mehrheit des Reichstags Schwierigkeiten, der Regierung die Vollmachten zu bewilligen, welche notwendig waren, um dem maßlosen Treiben der Umsturz männer Einhalt zu thun. Es handelte sich um die innere Sicherheit des deutschen Reiches. Heute handelt es sich um die Sicherstellung Deutschlands gegen Angriffe von außen, um den festen, auf Jahre hinaus gesicherten Bestand des deutschen Heeres.

Die Mehrheit des Reichstags hat sich nicht bestimmen lassen, die Militärvorlage als Ganzes anzunehmen, obgleich der Kanzler und Moltke, auf die verhängnisvollen Folgen eines ablehnenden Beschlusses hingewiesen, und der erstere für diesen Fall die sofortige Auflösung des Reichstags angekündigt hatte. Deshalb wurde denn auch der Reichstag wirklich aufgelöst und die Neuwahl auf den 21. Februar anberaumt.

Wer ist nun schuld daran, daß es so ging? Die Herrschaft des Parteigeistes und der Parteiführer.

Nicht die Rücksicht auf die Sicherheit des Vaterlandes war für die Gegner der Vorlage maßgebend, sondern das Parteiinteresse und insbesondere das Bestreben, die Macht des Reichstags auf Kosten der Stärke der Reichsregierung und gegen den Geist der Reichsverfassung ungebührlich zu erweitern.

Diese Gegner waren und sind in erster Linie das Centrum und der „Freisinn“ (Volkspartei). Zur Mehrheit aber wurden sie erst durch die Hilfe der offenen Feinde des gegenwärtigen Bestands des deutschen Reichs, nämlich der Welfen, Polen und französischen Elsaß-Lothringer; sowie der Sozialdemokraten.

Das Parteiinteresse machte sich schon bei den unerquidlichen Verhandlungen in der Reichstagskommission geltend. Aus Parteiinteresse erklärte der Führer des Centrums, der Welfe Windthorst, daß sich seine Partei die bindende Entscheidung bis zum letzten Augenblick vorbehalte. Solches Handeln und Markten ist einer großen politischen Partei unmöglich. Vom Parteiinteresse waren auch die „Freisinnigen“ und die Volkspartei geleitet. Vor den Weihnachtsferien verwilligten sie so wenig als möglich von den Forderungen der Regierung und bekämpften fast jeden Mann und Groschen. Nach den Ferien gaben sie aus Furcht vor der Volksstimmung das Lösungswort aus: Jeder Mann und jeder Groschen soll bewilligt werden, aber nur auf drei Jahre. Dieses Zugeständnis war nur auf die Täuschung des Volks berechnet.

Die Reichsregierung konnte nach dem Urteil aller Sachverständigen schon aus militärischen Gründen unmöglich darauf eingehen. Zu dem wäre es eine große Gefahr für die Zukunft Deutschlands, wenn statt einer zielbewußten, starken Regierung, die einen genauen Einblick in die politische Lage hat, der Wille einer wechselnden vielköpfigen Mehrheit die Geschicke Deutschlands zu leiten hätte.

Ein solche starke Regierung hat im Verein mit unserem tapfern Heer das deutsche Reich geschaffen, es auf der Höhe seiner Stellung bisher erhalten und den mißgünstigen Nachbarvölkern gegenüber den Frieden erzwungen und gewahrt.

Der Kern der Frage, welche das deutsche Volk am 21. Februar durch seine Abstimmung zu beantworten hat, ist also: Soll die Leitung der Geschicke Deutschlands, die Wahrung seiner Stellung in Europa und die Erhaltung des Friedens der starken und umsichtigen Regierung unfres ehrwürdigen Kaisers mit seinem Bismarck und Moltke anvertraut bleiben, oder den Führern der seitherigen Mehrheit, den Herren Windthorst und Eugen Richter (und für Württemberg Herrn Mayer und Bayer) übertragen werden?

Sehen wir uns diese Herren näher an. Da ist zuerst Herr Windthorst. Dieser verbissene und verbitterte Welfenführer behauptet zwar, er wolle das Ziel seines Lebens, die Wiederherstellung des Königreichs

Hannover, nur auf friedlichem Wege erreichen. Bei seiner Kenntnis der Geschichte aber kann und muß er wissen, daß dieses Ziel nur erreicht werden könnte durch einen Bruderkrieg unter Mitwirkung des Auslandes, insbesondere der nach der Rheingrenze wüsteren Franzosen. Einstweilen hat er es verstanden, sich an die Spitze der ultramontanen Bewegung in Deutschland zu stellen und auf diese Weise viele gut deutschgesinnte Katholiken zu verleiten, daß sie ihm durch Dick und Dünn folgten und damit seine un deutschen Pläne förderten.

Da ist ferner Eugen Richter. Er ist die Verkörperung aller verneinenden Kräfte im Reichstage, erfüllt von kleinlichem Neid und gehässiger Feindschaft gegen den Reichskanzler, ein Meister in kleinen Nadelstichen und Ränken. Als allgewaltiger Herrscher über seine Parteigenossen bedroht er jeden, der den Mut eigener Meinung hat, mit dem Ausschluß und brandmarkt ihn als Verräter oder als Schwachkopf.

Da sind endlich in Württemberg die Herren Mayer und Payer, die Helden des „Beobachters“, eines Blattes, das ebenfalls jeden Andersdenkenden anfeindet und verdächtigt. Wenn nach dem stürmischen Verlangen dieser Herren und ihrer Partei in den Jahren 1869 und 70 unsre süddeutschen Truppen in ein Milizheer umgewandelt worden wären, so wäre uns schwerlich ein Einfall der Franzosen erspart geblieben. Unberechenbar ist der Schaden, welchen ein solcher Einfall französischer Truppen mit ihren wilden Horden, Turkos und Zuaven, in Süddeutschland verursacht hätte.

Unabsehbar ist aber auch die Gefährdung des Friedens, welche durch das feithrige Gebahren der Reichstagsmehrheit entstanden ist und bei Wiederkehr derselben Mehrheit nach der Auflösung in stets steigender Weise entstehen würde. Einer der Gründe, warum 1870 Napoleon und seine Ratgeber Deutschland mit Krieg überzogen, war die sichere Erwartung, Süddeutschland werde sich von Preußen beim ersten Kanonenschuß losjagen. Das Gebahren der Volkspartei mußte diese Erwartung unterstützen. Damals hat sich der französische Herrscher getäuscht.

Gleiche Berechnungen, und vielleicht mit größerem Recht, müssen sich den Nachbarn Deutschlands aufdrängen, wenn sie sehen, wie die Mehrheit des Reichstags die verlangte nachhaltige Verstärkung des deutschen Heeres verweigert. Solches Widerstreben muß den Uebermut und die Kriegslust unserer Feinde im Westen stärken und steigern.

Umgekehrt liegt die stärkste Bürgschaft für die Erhaltung und Befestigung des Friedens in der Wahl einer großen Mehrzahl von Männern, welche entschlossen sind, das Septennat, d. h. die von der Reichsregierung als unerlässlich bezeichnete siebenjährige Zeit für die Geltung der Militärvorlage, ohne Bedenken und möglichst rasch anzunehmen.

Jeder Wähler, welcher am Wahltag nicht abstimmt, verlegt eine heilige Bürgerpflicht.

Unsere Losung am 21. Februar sei also:

**Für den Kaiser und seinen Reichskanzler,
gegen den „Freisinn“ und die Volkspartei,
gegen das Centrum mit seinen Verbündeten,
gegen die Sozialdemokraten!**

Tuttlingen, 3. Febr. An einer sehr tiefen Stelle der Donau brach gestern nachmittag das Eis mit einem Knaben ein, welcher Schlittschuh lief. Unterlehrer Streich stürzte sich mit Einsetzung seines eigenen Lebens in das tiefe Wasser, um den Knaben zu retten. Letzterer klammerte sich so fest an seinen Retter an, daß es diesem fast unmöglich wurde, sich über dem Wasser zu halten. Zum Glück waren sofort Männer mit Stangen zur Stelle, mittelst deren die Rettung Beider bewirkt wurde.

Chingen, 3. Februar. Kaum ist es ein Jahr, daß in einer hiesigen Wirtschaft ein junger Mann erstochen wurde; heute hört man, daß dessen Bruder, Alois Dolp, gestern abend im Gasthaus zum Kreuz ohne eigentliche Veranlassung von Fabrikarbeitern der Trunzischen Cigarrenfabrik gestochen worden sei. Er erhielt drei Stiche in die Brust, die einen großen Blutverlust zur Folge hatten; sein Befinden ist derart, daß seine Ueberführung nach Haus nicht bewerkstelligt werden kann. — Durch unsern Oberamtsbezirk reifen gegenwärtig viele Zigeuner; der Aufenthalt in hiesiger Stadt wird denselben stets verweigert, dagegen haben die Nachbarorte von ihrer Aufdringlichkeit um so mehr zu leiden. In Obermarchthal kam es vor, daß dieselben eine Kuh wegtrieben, welche der Eigentümer kaum noch zeitig genug requirieren konnte, ehe die Zigeuner verschwanden.

Deutsches Reich

Berlin, 5. Februar. Das heute erschienene Militärverordnungsblatt veröffentlicht den Erlaß des Kaisers vom 27. Januar, wonach zu den zwölftägigen Uebungen Zwecks Ausbildung mit neuem Gewehr aus Reserve 68,200 Infanterie, 4800 Jäger und Schützen einschließlich der vom Kriegsministerium festzusetzenden Zahl der Unteroffiziere einzuberufen sind. Zu dieser Uebung sind heranzuziehen die übungspflichtigen Reservisten, mit der jüngsten Jahresklasse beginnend, welche noch nicht mit dem neuen Gewehre ausgebildet worden. Die zur Landwehr am 1. April übertretende älteste Jahresklasse der Reserve ist von der Uebung ausgeschlossen. Die Uebung findet statt vom 7.—18. Februar.

Elberfeld. Eine Falschmünzerbande, welche hier ihr verbrecherisches Handwerk ausübte, fiel der hiesigen Polizeibehörde in die Hände. Die Entdeckung geschah auf Grund einer von auswärts nach hier ergangenen Mitteilung, derzufolge bei einer hiesigen Händlerin, einer Witwe Becker in der Viehhofstraße, eine Haussuchung vorgenommen wurde. Man fand nun nicht nur eine Anzahl Falschstücke, meist 10-Pfennig-Stücke,

sondern überraschte bei der Witwe auch einen berüchtigten Münzverbrecher, den Handelsmann Werkschagen aus Beuten bei Dahl, der wegen Falschmünzerei schon fünf Jahre Zuchthaus hinter sich hat.

Wiesbaden, 5. Februar. Eine unbekannt junge Dame hat sich heute in der Nähe der griechischen Kapelle in einer Droschke erschossen.

Gerichtssaal.

Stuttgart, 3. Februar. (Landgericht.) Der Jagdaufseher und Weingärtner Jhs. Albed von Hanweiler wurde am 14. Dez. v. J. vom R. Schöffengericht Waiblingen, weil er angeklagt war, im Oktober v. Js. in den sog. Fuchsgrabenäckern, Markung Winnenden, welches Revier an dem ihm zur Aufsicht unterstellten Distrikte grenzt, einen Hasen geschossen zu haben, zu 20 M. eventl. 4 Tage Gefängnis verurteilt. Zugleich wurde die Einziehung des Gewehres verfügt. Nachdem gegen dieses Urteil das Rechtsmittel der Berufung eingelegt worden war, fand heute die Verhandlung vor der Strafkammer des R. Landgerichts statt, welche den Angeklagten wegen Jagdvergehens freisprach, da das Gericht II. Instanz annahm, daß es nicht möglich sei, in Folge der großen Entfernung, — ca. 700 Meter — wo der Anzeigende den Angeklagten erkannt haben will, überhaupt Jemanden zu erkennen.

Verschiedenes

— (Eine ganze Mannschaft von den Kannibalen gefressen.) Aus Apia wird unterm 13. Dez. v. J. geschrieben: Eine Schar von melanesischen Arbeitern, welche von der Insel Malaita (Salomon-Inseln) stammte und nun nach Ablauf ihres Kontraktes von hier nach Malaita zurückbefördert wurde, hat unterwegs die ganze Besatzung des Schiffes aufgeessen und das Schiff ausgeplündert. Genaueres weiß man noch nicht, wird man auch schwerlich jemals erfahren. Der deutsche Kreuzer Albatros liegt seit 3 Wochen in Apia. Ursprünglich direkt nach dem Bismarck-Archipel bestimmt, verläßt er heute Nachmittag den Hafen, um, wie es heißt, auf dem Wege nach Neu-Bommern, die Kannibalen zu züchtigen. Vielleicht gelingt es dem Albatros auch, die näheren Umstände jener graufigen Affaire ein wenig aufzuklären.

— (Eine sonderbare Bekanntgebung.) Der „Birkenfelder Landesztg.“ wird aus Schmollen berichtet: Heute hat der hiesige Gemeinbediener mit der Schelle in ortsüblicher Weise nachfolgende sonderbare Bekanntmachung ausgeschellt: „Die Oberstdörfer Weiber sollen sich ein Vierteljahr um sich kümmern und sollen den Dreck vor ihrer Thür kehren und sollen die Unterstdörfer Weiber gehen lassen.“

**Fruchtpreise des Winnender Fruchtmarkts.
Vom 3. Februar 1887.**

Getreide Gattungen.	Durchschnitts-Preise.						Höchster Preis		Niederst	
	Höchster.		Mittler.		Niederst.		M.	S.	M.	S.
Dinkel per Centr.	6	31	6	27	6	25	6	35	6	20
Haber per Centr.	5	58	5	48	5	39	5	60	5	30

Ein Zwiegespräch.

A. Wenn ich gegenwärtig die Zeitungen lese, kann ich gar nicht klug werden. Der Kaiser und seine Räte verlangen eine Heeresverstärkung auf 7 Jahre und der Reichstag hat eine solche nur auf 3 Jahre verwilligt. Nun steht in der einen Zeitung, man dürfe nur solche Männer wählen, welche zum Kaiser halten und 7 Jahre bewilligen, in der anderen Zeitung aber steht: Diejenigen, welche nur 3 Jahre verwilligen seien die wahren Volksfreunde und diese solle man wählen; was meinst denn Du?

B. Kennst Du das alte Sprichwort: „Sage mir, wer Dein Freund ist, dann sage ich Dir, wer Du bist.“

A. Ja, dieses alte und gewiß wahre Sprichwort kenne ich wohl.

B. Nun hältst Du wohl die Franzosen, welche in Elsaß-Lothringen wohnen, die Polen, welche preussisch Polen bewohnen, die Dänen in Schleswig, die Welfen d. h. die Hanoveraner, welche das Königreich Hanover wieder herstellen wollen, was doch nur möglich ist, wenn die Franzosen im Kriege Deutschland besiegt hätten, hältst Du die Ultramontanen (Centrum) d. h. diejenigen Katholiken, welche den Papst höher stellen als den Kaiser und welche erklären, daß sie nicht ruhen und rasten werden, bis die Jesuiten, die geschworenen Todfeinde der Evangelischen, wieder in Deutschland zugelassen seien und die Sozialdemokraten für gute Reichsfreunde und für die wahren Volksfreunde?

A. Wie Du nur so fragen kannst, da müßte ich ja dummer sein als dumm.

B. Und diese Leute, wie ich Dir dieselben soeben aufgezählt habe, sind die Freunde und Bundesgenossen der Freisinnigen und Volksparteier, überhaupt aller derer, welche die Heeresverstärkung nur auf 3 Jahre verwilligen wollen. Mit diesen halten sie zusammen wie Stahl und Eisen, mit diesen bekämpfen sie Schulter an Schulter, Arm in Arm und Hand in Hand, die Regierung unseres Kaisers, sowohl in als außerhalb des Reichstags und unterstützen sich gegenseitig bei den Wahlen. Ferner . . .

A. Halt kein Wort weiter; ich weiß jetzt genug. Wer mit Reichsfeinden zusammengeht, mit dem will ich nichts zu schaffen haben. Jetzt weiß ich, wo der Hund vergraben liegt. Mir soll wieder Einer kommen und einen Bären aufbinden und mir die Regierung unseres guten Kaisers, Bismarck und Moltke verläumdend wollen, dem will ich aber zeigen, wo der Zimmermann die Thüre hinausgemacht hat.